

# Kehrseite



• Der Berliner Baulöwe Groth, jüngst wieder durch seine altbekannte Spendenpraxis in die Schlagzeilen geraten, will in Lichterfelde Süd auf einem ca. 100 Hektar großen Gelände bauen. Es stimmt: Berlin braucht Wohnungen vor allem bezahlbare, die sich auch Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen leisten können. Leider wurden in Berlin durch die Politik Bedingungen geschaffen, die die Gestaltung und Planung wichtiger Bereiche der Stadtentwicklung und somit auch des Wohnungsmarkts Investoren und Spekulanten zu überlassen. So ist das Bestreben nach einer möglichst hohen Rendite das Ergebnis die-

ser Politik. Den „Investoren“ geht es um Schaffung von „**Betongold**“! Auch hier plant der Investor überwiegend Wohnraum im Hochpreissegment, also völlig am Bedarf vorbei. Natur- und Umweltschutz sind für ihn zweitrangig – Hauptsache der Profit stimmt. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf fordert, dass Natur- und Landschaftsschutz bei der weiteren Planung beachtet werden. Die Kehrseite hat regelmäßig über Lichterfelde Süd berichtet. Auch in dieser Ausgabe auf den Seiten 6 und 7 gibt es weitere Informationen zu diesem Thema.

*Eberhard Speckmann* •

## Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial – 2
- Integration – aber wie und mit wem? – 3
- Park Adieu: Bauen, egal wo? – 4
- Zukunft für die Stammbahn? – 5
- Lichterfelde Süd – Natur- und Umweltschutz mit Wohnen und Arbeiten verbinden – 6
- Groth: Baut – Spendet – Schmiert – 7
- Bezahlbares Wohnen in Steglitz-Zehlendorf? Mit Schwarz-Grün nicht! – 8
- Splitter aus der Bezirksverordnetenversammlung – 8
- AfD und das „wahre Volk“ – 9
- Ziemlich beste Freunde – 10
- Freihandel mit Flüchtlingen – 10
- Verseuchtes Deutschland – 11
- Meinungs- und Pressefreiheit hierzulande – 11
- Zusammengekehrt – 12
- Termine, Zitate – 12



## Liebe Leserinnen und Leser!

● Die Gewaltverbrechen von Brüssel liegen inzwischen schon einige Wochen zurück. Die Bilder der Trauernden und der Verwüstung haben sich in unsere Netzhaut eingebrannt. Vergessen werden wir aber auch nicht die voller Selbstgerechtigkeit und -mitleid vorgetragene Verse unserer Betroffenheitsagenten in Politik und Medien. Da hieß es, dass „unsere Freiheitsliebe, unsere Toleranz, unsere Rechtsstaatlichkeit und unsere Friedfertigkeit vom IS mit brutaler Gewalt bekämpft“ würden (Berliner Zeitung). Ex-Pfarrer Gauck, gegenwärtiger Präsident unseres Staates, drückte auf den Knopf seines Bekenntnisformel-Baukastens: „Gemeinsam werden wir unsere europäischen Werte, Freiheit und Demokratie, verteidigen.“ Und noch einmal die Berliner Zeitung: „Brüssel ist die Idee einer westlichen Staatengemeinschaft, die sich zum Wohle aller zusammengetan hat.“

Ja und dann? Was folgte diesen Beschwörungsformeln? Gab es Bewegung in unseren politischen Gestaltungsapparaten? In meinem Arbeitszimmer hing eine Spruchweisheit an der Wand: „Operative Hektik ersetzt geistige Windstille.“ Das passt. Wieder wird ausschließlich darüber beraten, welche Möglichkeiten es gibt, um die Sicherheitsbarrikaden in Europa unüberwindbar zu machen. Stur und borniert riskiert man auf diese Weise nur kommendes Unheil und verschließt sich tiefer gehenden Einsichten.

Seit dem Ende des osteuropäischen sozialistischen Blocks haben 300 Millionen Menschen aufgrund von Armut ihr Leben verloren. Das sind mehr Opfer als in all den Kriegen des vergangenen Jahrhunderts zusammen. Der Strom der Klimaflüchtlinge, deren Zahl schon jetzt auf 20 Millionen geschätzt wird, wird weiter ansteigen. Landwirte in Afrika, die mit ihren Erträgen nicht mit den hochsubventionierten Produkten aus Europa konkurrieren können, werden von ihrer Scholle vertrieben. Das Gleiche gilt für Kleinbauern, die aufgrund von Landgrabbing gezwungen sind, sich auf den Weg zu neuen Ufern zu machen. All das und noch viel mehr zeigt, dass das, was uns als Entwicklungshilfe verkauft wird, sich letztlich als Dienstleistungen für das internationale Agrobusiness entpuppt hat.

### Die Welt. Ein Dorf?

Der unschuldige Begriff „Globalisierung“ wird gern mit der Vorstellung von „weltbürgerlichen Verhältnissen“ angereichert. Und schon macht das Wort vom „Globalen Dorf“ die Runde. Nun wissen wir, dass in einem Dorf jeder jeden kennt, man nimmt Anteil am Schicksal seiner Nachbarn. Geschieht das in unserem globalen Dorf? Wo blieb das Mitgefühl, die Empathie der „Dorfgemeinschaft“ für unsere afghanischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich zu einer Hochzeit zusammengefunden haben und während der Feier unter den aus US-amerikanischen Flugzeugen abgeworfenen Bomben begraben wurden? Gab es



hierzulande einen Aufschrei, als Oberst Klein nahe Kundus mehr als 120 Männer und Frauen und Kinder bombardiert hat? Es gab ihn nicht, aber Oberst Klein wurde befördert. Und über die offensichtlich geplante und deshalb absichtliche Bombardierung der Universität in der irakischen Stadt Mossul am 19. März wurde in unseren Medien gar nicht erst berichtet. Mindestens 90 Tote – so what! Haben die gegen jedes Recht verstoßenen Drohnenmorde, denen nicht selten Zivilisten zum Opfer fielen, jemals Entsetzen und Empörung ausgelöst? Nein, Entsetzen und Empörung setzen erst dann ein, wenn der Tod im Zentrum eines „europäischen Dorfs“ Einzug hält, wie jüngst in Brüssel. Das sind fürwahr blutrünstige Reaktionen, sie sind aber angetrieben von Hass und Rache für die Verbrechen, die von den USA und ihren Verbündeten im Mittleren und Nahen Osten und in Afrika begangen wurden und werden.

### Die Arroganz des „Westens“

Es ist diese Selbstüberhöhung, der eine fast schon rassistische Wertung zugrunde liegt, wonach kulturell-zivilisatorisch die „westlichen“ Terroropfer „wertvoller“ mithin beklagenswerter sind. Diese Arroganz hat dazu beigetragen, dass die im Wertekatalog enthaltenen Prinzipien wie Toleranz, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Friedfertigkeit, mit denen die westliche Staatengemeinschaft überall im globalen Dorf hausieren geht, immer weniger Abnehmer finden. Vor allem auch, weil sie im schreienden Widerspruch zu den eigenen leidvollen Erfahrungen stehen. Diese lehren die Menschen, dass die verkündeten Werte nicht viel mehr sind als eine bunte Verpackung unter der sich die Interessen einer profit- und wachstumsorientierten Ökonomie verbergen. Um diese durchzusetzen, mussten und müssen sich die USA und ihre NATO-Verbündeten über das Völkerrecht hinwegsetzen, im ständigen Versuch, die Einwohner des globalen Dorfs mit Gewalt „zum Wohle aller“(!?) auf neoliberale Linie zu bringen. Dass auf diese Weise die Rechte, Freiheiten und Bedürfnisse der Menschen auf der Strecke und ihre Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben unerfüllt bleiben, ist nahezu zwangsläufig. Unsere Bundeskanzlerin hat zu diesem Zweck den Begriff der „marktkonformen Demokratie“ in die Welt gesetzt. Die Antwort auf das vielsprachige „Warum“ auf allen Trauerplätzen sollte nicht schwer zu finden sein.

## Integration – aber wie und mit wem?

● Integration der Flüchtlinge! Willkommenskultur! Und ganz am Anfang das großkotzige „Wir schaffen das.“ Ja, wer denn und wie denn? Wer sich wo auch immer Gehör verschaffen will, greift in seinen Empathie-Baukasten und erklärt: „Wir müssen die Sorgen und Ängste vieler Menschen sehr, sehr ernst nehmen.“ Und dann, was folgt daraus? Zum einen fällt auf, dass in dem Maße, wie die „Europäischen Werte“ beschworen werden, die Kooperation mit ausgewiesenen menschenverachtenden Diktatoren und Despoten zunimmt. Das von der Bundeskanzlerin Merkel eingefädelt Abkommen zwischen der EU und der türkischen Regierung hat weder mit rechtlichen noch mit humanitären Werten etwas zu tun. Es ist ein schmutziger Deal, der verhindern soll, dass Flüchtlinge gar nicht erst die Chance haben, europäisches Festland zu betreten – Forechecking nennt man das im Eishockey. Zum anderen soll ein Integrationsgesetz aus der Taufe gehoben werden. Es wird schon jetzt, noch vor seiner Ausformulierung, von Merkel, Gabriel und Co. als historisch gefeiert. Das Gesetz soll u.a. die Voraussetzungen schaffen, um Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

### Betrug mit der Statistik

Schauen wir uns den Arbeitsmarkt doch mal etwas genauer an. Denn in der Tat müsste sich dort herausstellen, ob die emphatisch geforderte Integration funktionieren kann oder scheitern wird. Die monatlich verkündeten Arbeitslosenzahlen führen zu Trugschlüssen. Einige Zahlen belegen dies: Mehr als eine Millionen Personen tauchen in der Statistik gar nicht auf, weil sie sich als ‚stille Reserve‘ in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit befinden oder – noch schlimmer – sich aufgrund anhaltender Erfolglosigkeit bei der Suche nach einem Arbeitsplatz nicht mehr erwerbslos melden. 14,7 Millionen Menschen sind nur in Teilzeit erwerbstätig. Gezwungenermaßen! Denn Umfragen bestätigen, dass viele von ih-

nen ihre Arbeitszeit um bis zu vier Stunden erhöhen möchten. Bezogen auf eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden ergibt das einen zusätzlichen rechnerischen Bedarf von etwa 1,5 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen. Zählt man registrierte Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, und stille Reserve zusammen, so fehlen in Deutschland rund 5 Millionen Vollzeitarbeitsplätze; annähernd das Doppelte der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosigkeit. Wie unter diesen Bedingungen Flüchtlingen die Arbeitsaufnahme erleichtert werden soll, bleibt vorerst ein Geheimnis. Dies ist erst dann möglich, wenn man sich von Beschwörungsformeln gleich welcher Art verabschiedet und begreift, dass eine Integration nicht gelingen kann, wenn die Politik weiterhin auf Gedeih und Verderb der neoliberalen Ideologie verhaftet bleibt. Wer sich dieser Einsicht verschließt, trägt dazu bei, dass der Zustrom neuer Arbeitskräfte aus dem Ausland die Ängste vor sozialem Abstieg und Sorgen um den Verlust des erworbenen Besitzstands weiter vertiefen wird.

Ein Rückblick auf die Jahre des „Wirtschaftswunders“ kann zu Einsichten in Notwendigkeiten verhelfen. Damals wurden 2,6 Millionen Arbeitsmigranten in den westdeutschen Arbeitsmarkt integriert. Wegen des gestiegenen Bedarfs an Arbeitskräften, hieß es. Das aber stimmt so nicht. In der Periode der Vollbeschäftigung zwischen 1960 und 1973 ging das benötigte Arbeitsvolumen sogar um bis zu elf Prozent zurück. Allerdings wurde nicht zuletzt dank gewerkschaftlicher Kampfkraft die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden reduziert und der Jahresurlaub deutlich erhöht. All das vollzog sich bei vollem Lohnausgleich und steigenden Reallöhnen. Was sagt uns das für heute? Arbeitszeitverkürzung und steigende Löhne können nicht nur Grundlage für eine funktionierende Integration sein, sondern auch eine die gesamte Gesellschaft einbeziehende Wohlstandsentwicklung befördern.

### Schlachtung der „heiligen Kühe“

Ganz so einfach ist es dennoch nicht. Zunächst heißt es Abschied auf Nimmerwiedersehen zu nehmen, Abschied von einer Politik, deren Grundgesetz lautet, dass der Markt alle Wunden heilen wird. Tut er nicht, wird er auch niemals tun. Der Ansatz einer Lösung geht nur über eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben und über ein nationales Investitionsprogramm, um die vielerorts marode Infrastruktur zu modernisieren, die Energiewende zu beschleunigen und alternative Ökonomien auszubauen. Der Forderung nach einem Personalausbau will die Bundesregierung jetzt nachkommen: 7000 Soldatenstellen sollen ad hoc neu bereitgestellt werden, um die „Russen abzuschrecken“. Die tatsächli-



che, nämlich die sozialpolitische Bedrohung für den Sozialstaat Deutschland wird hingegen ignoriert. Denn was wir wirklich brauchen, sind mehr Lehrer, Sozialarbeiter, Krankenpfleger usw. All das und noch viel mehr ist ohne Mehrausgaben nicht zu stemmen. Deshalb müssen die heiligen Kühe der neoliberalen Politik und Ideologie geschlachtet werden: Weg mit der Schuldenbremse, weg mit der den Arbeitsmarkt zerstörenden Deregulierung mit prekärer Beschäftigung, Leiharbeit und Werkverträgen, weg mit nicht tarifgebundenen Arbeitsplätzen. Die ganze im Interesse des Kapitals noch unter Rot/Grün eingeführte asoziale Politik mit ihren Hartz-Gesetzen, Agenda 2010 genannt, gehört unwiderruflich in die Tonne. Stattdessen muss endlich eine deutliche Steuererhe-

bung auf hohe Einkommen durchgesetzt werden. Und nicht zuletzt muss die von den Reichen und der Finanzmafia über Steueroasen bzw. Briefkastenfirmen betriebene Steuerhinterziehung rigoros bekämpft werden. Kurzum: wir müssen uns von den bisherigen ökonomischen Geboten und Praktiken verabschieden, einen Bruch mit der Austeritätspolitik vollziehen und einen radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel einleiten. Er könnte die materielle Grundlage für ein neues Wertebewusstsein schaffen, einen Wandel des sich gefährlich ausbreitenden Angst- und Unsicherheitsklimas herbeiführen, die fortschreitende soziale Spaltung aufhalten und allen rassistischen Hassparolen den Nährboden entziehen.

Hans Schoenefeldt ●

## Park Adieu: Bauen, egal wo?

● In Lankwitz zwischen Hauptpostamt und Paul-Schneider-Grundschule, Thalia-Kino und Beethoven-Gymnasium ist weitgehend DeGeWo-Land. Aufgebaut in den 50ern aus Mitteln der damaligen Wohnungsbaukreditanstalt ist hier eine für die vergangene Zeit ungeheuer moderne Hochhausiedlung entstanden, deren Einweihung damals mit Pomp und Gloria gefeiert wurde. Die Mieten waren moderat und sind es bis heute, es sei denn, Mieter haben das Pech, in einem der Hochhäuser gewohnt zu haben, die zur energetischen Modernisierung und Totalsanierung vorgesehen sind. Sie mussten ausziehen und dürfen sich, falls sie in ungefähr zwei Jahren wirklich noch in ihren angestammten Kiez zurückziehen wollen, auf wesentlich höhere Mietkosten als zuvor einrichten. Und das, obwohl künftig durch die energetischen Maßnahmen weit mehr als 60% der üblichen Kosten für Strom und Wärme eingespart werden. Warum hier überhaupt so maßlos aufwendig und kostenintensiv modernisiert wird und nicht die seit Jahrzehnten bestens erprobten Verfahren der MiniModernisierung eingesetzt

werden? „In Steglitz-Zehlendorf zu wohnen, das muß man sich eben leisten können“, stellte ein hochrangiger CDU-Angehöriger schließlich schon vor einiger fest. Honni soit qui mal y pense – ein Narr, wer Böses dabei denkt.

Und genau in diesem Block, zwischen Ursulastraße, Renatenweg und Havensteinstraße, war eine der wenigen gartenarchitektonischen Kostbarkeiten von Lankwitz zu finden: Ein romantischer kleiner Park, ca. 1,6 ha groß, mit prächtigem alten Baumbestand, der schon lange vor der DeGeWo-Bebauung existiert hatte. Der aber nun, mit Jahresbeginn 2016, vom Bezirksamt selbst unwiederbringlich ruiniert worden ist. Die Anwohner wurden von der Fällaktion, bei der 8 völlig gesunde Baumriesen unangekündigt niedergemacht wurden, total überrascht und waren zu Recht empört. Schließlich waren Atmosphäre und Aura dieses kleinen Parks schon bei der Planung des Gebiets vor rund 60 Jahren so beeindruckend, dass er als genius loci Bestandteil der Bebauungsplanung wurde. Schaut man in diesen bis heute gültigen Bebauungsplan XII-10, ist völlig eindeutig, dass es sich bei diesem Park keineswegs um Bauland oder Bauerwartungsland handelt, sondern um eine klar umgrenzte Grünfläche, auf der kein Bauen möglich ist.

## Schwarz-Grüne Liebe zum Beton

Dennoch plant die DeGeWo hier, mitten im Park, den Bau von zwei neuen Hochhäusern. Ohne hierfür jedoch einen realistischen Baubeginn nennen zu können. Und auch ohne eine Änderung des gültigen Bebauungsplanes XII-10 beantragt zu haben. Über die Motive des schwarz-grünen Bezirksamtes, hier nur auf Zuruf einer Wohnungsbaugesellschaft in voraus eilender Dienstefrigkeit einen halben Park niedergemacht und damit unwiderrufliche Fakten geschaffen zu haben, darf gerätselt werden. Wollte man eine Umweltverträglichkeitsprüfung ausschließen, indem man die Umwelt fix selber so ruiniert, dass eine solche Abwägung sinnlos erscheinen muss? Will man die Siedlung



mit neuen Bauten weiter gentrifizieren? Oder handelt es sich schlicht um gänzliche Gedankenlosigkeit?

Eine Anwohneranfrage brachte auch keine erhellen- de Antwort. Das Grünflächenamt schob den Schwarzen Peter einfach weiter ins Stadtplanungsamt, von dort sei die Anweisung zum Freiräumen gekommen und man sei zu Ausführung verpflichtet gewesen.

Wer, wenn das Bezirksamt hier in eigener Sache einen Totalausfall verzeichnet, kann nun die DeGeWo verpflichten, wirklich das zu tun, was sie durch ihren eigenen Pressesprecher mitteilen lässt: nämlich an der Ursulastrasse mit der Grundfläche eventueller Neubauten tatsächlich im baurechtlich festgesetzten Rah-

men des gültigen B-plans zu bleiben und last not least den ruinierten Park schnellstens wieder aufzuforsten?

Keine schöne Frage. Aber dennoch muss sie beantwortet werden. Von der schwarz-grünen Zählgemein- schaft darf hier aus Steglitz-Zehlendorf nicht all zu viel Engagement erwartet werden, denn der nächste Ausschuss für Bauen und Immobilienverwaltung ist mit dem Problem „Wildes Urinieren neben dem Rat- hauseingang“ bereits ausgelastet.

**Gabilotte Lanzrath** ●  
(kandidiert für die Bezirksverordneten-  
versammlung)

## Zukunft für die Stammbahn?

● *Gibt es eine Zukunft für die Stammbahn?* Das woll- ten wir, DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf wissen und luden deshalb am Di, 10.05.2016 zur Podiumsdiskussi- on in den Bürgersaal im Rathaus Zehlendorf ein.

Für Alexander Kaczmarek, DB-Konzernbevoll- mächtigter für Berlin, gab es keinen Zweifel, dass die Stammbahn wieder in Betrieb gehen muss, da Berlin und Potsdam wachsen und die Stadtbahn bereits jetzt ausgelastet ist. Michael Grubert, Bürgermeister aus Kleinmachnow, pflichtete ihm bei, dass eine Regional- bahnanbindung, mit der man in 15 min am Potsdamer Platz wäre, ein erheblicher Gewinn für die Menschen im Umland wäre. Bedenken äußerte Peer Hartwig von der Schutzgemeinschaft Stammbahn e. V., ob die Stammbahn den Verkehrskollaps wirklich aufhalten könne, besonders falls Teltow und Stahnsdorf nicht gleichzeitig auch ans Schienennetz angebunden wür- den, sowie bezüglich der Streckenführung aus dem 19. Jahrhundert und zahlreichen Bahnübergängen. Simon Heller von der Bürgerinitiative Stammbahn sprach sich aus Gründen der Klimafreundlichkeit und Reisegeschwindigkeit eindeutig für eine Wiederin- betriebnahme aus. Harald Wolf, verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordne- tenhaus, machte deutlich, dass alte Untersuchungen aus dem Jahr 2008, nach de- nen die Stammbahn nicht wirtschaftlich ist, nun obso- let seien und neu angestellt werden müssen. Der Schutz- gemeinschaft Stammbahn sagte Kaczmarek zu, dass auf jeden Fall ein ordentli- ches Planfeststellungsver- fahren unter Einbeziehung der Anwohner\_innen durch- geführt würde, in dem die Umsetzung mit Lärmschutz, Erschütterungsschutz und Sicherheitsaspekten einen großen Raum einnehmen würde. Das Primat der Ver-

kehrspolitik gelte allerdings, daher müssten erst ein- mal die Landesregierungen von Berlin und Branden- burg eine politische Entscheidung treffen. Aus dem Publikum kamen zahlreiche Anmerkungen, Fragen und Bedenken, u. a. zur Bedeutung der Stammbahn für den Europarc Dreilinden und weitere Arbeitsplä- ze in der Region und zu den erwarteten Kosten der Wiederinbetriebnahme. Kaczmarek und Wolf plädier- ten beide für eine Vorratsplanung, damit, falls es im Bundesverkehrswegeplan noch Spielraum gäbe, die Wiederinbetriebnahme der Stammbahn ins Spiel ge- bracht werden könnte. Wegen der langen Dauer der Planverfahren ist – optimistisch kalkuliert – mit einer Wiederinbetriebnahme allerdings erst in 10 Jahren zu rechnen, so Kaczmarek.



**Gerald Bader**, ●  
kandidiert auf Platz 1 für die  
Bezirksverordnetenversamm-  
lung und als Direktkandidat  
für das Abgeordnetenhaus im  
Wahlkreis 7 (Wannsee)



## Lichterfelde Süd – Natur- und Umweltschutz mit Wohnen und Arbeiten verbinden

● Seit Jahren setze ich mich im Aktionsbündnis Lichterfelde Süd dafür ein, dass Natur- und Landschaftsschutz in Lichterfelde mit den Themen Wohnen und Arbeiten verbunden werden. Die Gestaltung unserer Umwelt darf nicht den Interessen von Investoren untergeordnet werden. Das Primat der Politik muss wieder hergestellt werden, dem Prinzip „Geld regiert die Welt“ muss das Prinzip „Demokratie von Unten“ entgegengesetzt werden.

**Mit unserem Bezirkswahlprogramm fordern wir, DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf, noch einmal nachdrücklich**, dass bei der Erstellung des Bebauungsplans auf der ehemaligen Parksrange die Interessen des Gemeinwohls vor die Profitinteressen des Investors gestellt werden müssen.

Wichtig ist uns dabei die Einhaltung des Natur- und Umweltschutzes. Die gesetzlich geschützten Tier- und Pflanzenarten dürfen nicht geschädigt werden.

*DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf fordert die Erhaltung und Pflege des Geländes als öffentliche Aufgabe anzuerkennen und dafür die nötige Finanzierung zu sichern. Erforderlich sind bindende Verträge zur mittel- und langfristigen Pflege der Weidelandschaft. Dieses Projekt ist einmalig in Berlin, deshalb ist es für die Natur- und Umweltbildung auszuweisen. Dafür, und für langfristige Pflege der Weidelandschaft ist der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.) ein kompetenter Kooperationspartner. Wir vertreten den Standpunkt, Natur- und Umweltschutz sind Voraussetzungen für Gesundheit sowie Lebensqualität und somit im weitesten Sinne Teil der Daseinsvorsorge.*

Soziale und gesundheitliche Belange der Bürger\_innen müssen bei der Planung vorrangig sein. Dazu gehört auch, dass ein Gesamtkonzept, in das die Thermothersiedlung mit ihren bereits bestehenden 2100 Wohneinheiten eingebunden ist, entwickelt werden muss. Kindertagesstätten, Schulen, Kulturzentren, Spiel- und Sportplätze, die Ausweisung von Naherholungsmöglichkeiten ein Quartiersmanage-



ment sowie ein entlastendes Verkehrskonzept müssen Teil der Planung sein.

Wir sind der Meinung, dass maximal 16 ha bebaut werden dürfen – und nicht 39 ha, wie vom Investor geplant (s. auch „Groth: Baut – Spendet – Schmiert“ und die Presseerklärung unseres Bezirksvorstands vom 4. April auf S. 7 dieser Ausgabe)

Neubau muss im gesamtstädtischen Interesse ausschließlich am Bedarf ausgerichtet werden und das heißt: Bezahlbarer Wohnraum, der v.a. durch Genossenschafts- und Sozialwohnungsbau muss gewährleistet werden. Politik muss dafür sorgen, dass die Absicht des Investors, 2500 hauptsächlich Hochpreissegment-Wohnungen zu bauen, die in Berlin nur Spekulanten brauchen, vereitelt wird.

Die bestehenden Betriebe sind durch Einrichtung einer Gewerbeinsel zu erhalten. Das ist Voraussetzung zum Erhalt und zur Schaffung neuer wohnortnaher Arbeitsplätze.

Die Durchsetzung all dieser Forderungen ist möglich, wenn das Bezirksamt die im so genannten „letter of intent“ (Absichtserklärung) gegebenen Zusagen an den Investor revidiert. Dafür machen wir uns stark!



**Eberhard Speckmann** ●  
kandidiert im Wahlkreis 4  
(Lichterfelde Süd und Ost) für  
das Abgeordnetenhaus.



## Groth: Baut – Spendet – Schmiert

● Im Berliner Blätterwald herrschte helle Aufregung. Die „Groth Gruppe“ hat den Berliner Parteien CDU, SPD und auch den Grünen fleißig Spenden zukommen lassen. Die Spendenpraxis von Groth ist nicht neu, er hat schon immer gewusst wie man Politiker für sich einnimmt. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf hat wiederholt auf die Spendenpraxis von Groth hingewiesen. Wir sind gespannt, ob und wie viel Geld in Steglitz-Zehlendorf geflossen ist? Wir fordern die Offenlegung aller Spenden, die im Zusammenhang (oder aus reiner Freude am Schenken) mit der geplanten Bebauung der „Parkrange“ geflossen sind. Die CDU findet die Spendenpraxis ihres Mitglieds Klaus Groth sowieso ganz normal. Wenn die Grünen, als Teil der Steglitz-Zehlendorfer Zählergemeinschaft, das auch so sehen, würde uns nicht wundern, denn sie haben sich für den Abschluss des „letter of intent“, (sprich Investorenschutz) eingesetzt und die Zerstörung von schützenswerter Natur in Kauf genommen.

Die Praxis der Beeinflussung der „Politik“ durch Groth wird in dem Film „Der Baulöwe, die Stadt und der Filz“ des „Senders Freies Berlin“ von 2001 gezeigt. Präzise und gut recherchiert wird in diesem Dokumentarfilm gezeigt, wie Immobiliengeschäfte und Politik „wie geschmiert“ funktionieren.

In diesem Zusammenhang weisen wir auch noch einmal auf unsere Presseerklärung vom 12.04.2016 hin.

### Presseerklärung zur „Grünen Mitte“ in Lichterfelde Süd (vom 12.04.2016)

Die 13. Ausgabe der „Berliner Woche“, u. a. Ausgabe Steglitz-Süd, schreibt: „Das Projekt „Weidelandschaft“ inmitten des Geländes der ehemaligen Parks Range ist gesichert. Die Groth-Gruppe als Eigentümer des Areals stellt 60.000 Euro für die Pflege der sogenannten „Grünen Mitte“ zur Verfügung.“ Tonka Wojahn, die Kreisvorsitzende der Steglitz-Zehlendorfer Bündnis 90/Die Grünen und der Geschäftsführer, Ronald Wenke, erklären, dies sei schon immer Ziel der Grünen gewesen.

### Dazu erklärt DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf:

*Durch die geplante hufeisenförmige Umbauung der „Grünen Mitte“ werden sich die natürlichen Bedingungen auf dem Gelände zwangsläufig stark verändern. Ein Teil der geschützten Arten wird unwiederbringlich verschwinden. Es wäre möglich gewesen, mehr für Natur und Umwelt zu erreichen, wenn sich die Grünen gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Aktionsbündnis Lichterfelde Süd“ für die Forderung eingesetzt hätten, statt der geplanten 2500 Wohneinheiten nur maximal 1500 Wohneinheiten zu bauen. Stattdessen unterstützt die „grüne“ Partei ohne Not die Pläne des Investors. Nun auch noch den Erhalt des Pro-*

*jektes „Weidelandschaft“ als eigenen Erfolg auszugeben grenzt an Zynismus.*

*Wie es dann nach 2 Jahren mit dem Projekt „Weidelandschaft Grüne Mitte“ weiter gehen soll, ist unklar, denn bisher gibt es keine bindenden Verträge zur mittel- und langfristigen Pflege der Weidelandschaft. Dieses Projekt ist einmalig in Berlin, deshalb ist es für die Natur- und Umweltbildung hervorragend geeignet. Dafür, und für langfristige Pflege der Weidelandschaft ist der BUND ein kompetenter Kooperationspartner. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf fordert die Erhaltung und Pflege des Geländes als öffentliche Aufgabe anzuerkennen und dafür die nötige Finanzierung zu sichern, die für Personalkosten geplanten 30 000 € pro Jahr sind völlig unzureichend. Wir vertreten den Standpunkt; Natur- und Umweltschutz sind Voraussetzungen für Gesundheit sowie Lebensqualität und ist somit im weitesten Sinne Teil der Daseinsvorsorge.*

*Für die Finanzierung des Projekts darf auch der Investor nicht aus der Verantwortung gelassen werden, denn er wusste als er das Gelände kaufte, dass dort zahlreiche Arten der „Roten Liste“ beheimatet sind. Für deren Schutz trägt auch der Eigentümer Verantwortung. Umwelt- und Naturschutzgesetze sind selbstverständlich auch von der Groth-Gruppe zu achten. Die 60.000 € für die Pflege, für die nächsten 2 Jahre, der sogenannten „Grünen Mitte“, die die Groth-Gruppe via Bezirksamt an den BUND zahlen will, sind im Vergleich zu dem zu erwartenden Gewinn der Groth-Gruppe schätzungsweise im Promillebereich anzusiedeln, oder wie es in Bankkreisen heißt – Peanuts.*

*Für den Bezirksvorstand der LINKEN Steglitz-Zehlendorf*



**Franziska Brychcy,** ●  
stellv. Bezirksvorsitzende und  
stellv. Landesvorsitzende

**Eberhard Speckmann,** ●  
Mitglied im Bezirksvorstand  
(Foto s. S. 6)



## Bezahlbares Wohnen in Steglitz-Zehlendorf? Mit Schwarz-Grün nicht!

● In Steglitz-Zehlendorf werden zur Zeit tausende Wohnungen gebaut. Mit klangvollen Namen wie "La Provence", "Dahlem Paradise" oder "The Metropolitan Gardens" werben Projektentwickler\_innen für ihre Eigentumswohnungen – ab einem Quadratmeterpreis von 4.000 EUR aufwärts. Dass sich die Mehrzahl der Menschen hier im Bezirk eine solche Luxuswohnung nicht leisten kann, interessiert die schwarz-grüne Zählgemeinschaft wenig. Im Gegenteil, Torsten Hippe (CDU-Fraktionsvorsitzender) meint, Wohnen in Steglitz-Zehlendorf müsse man sich eben auch leisten können. (Quelle: Tagesspiegel; Zehlendorf Blog, 26.02.2014)

Dass selbst viele eigentlich CDU und Grünen zugehörige Menschen mit mittlerem Einkommen immer häufiger von Verdrängung und Wohnungsnot betroffen sind, scheint bei der Zählgemeinschaft noch lange nicht angekommen zu sein. Bebauungspläne werden einfach durchgewinkt; Spielräume, die Investor\_innen per städtebaulichen Verträgen in die Pflicht zu nehmen, werden nicht genug genutzt; man lässt sich

sogar von ihnen den Wahlkampf finanzieren (CDU und Grüne in Berlin haben Spenden von Klaus Groth angenommen (Quelle: Berliner Zeitung, 19.05.2016), der in Lichterfelde Süd knapp 3.000 Wohnungen bauen will – natürlich zumeist Luxuswohnungen...)

Das muss ein Ende haben! Auch in Steglitz-Zehlendorf werden bezahlbare Wohnungen gebraucht! Dies sollte endlich auch in der Bezirkspolitik als Priorität ernst genommen und sofort angegangen werden! DIE LINKE schlägt zudem vor, dass alle Parteien freiwillig auf Unternehmensspenden verzichten, denn Politik muss für die Menschen gemacht werden und nicht für Spekulant\_innen!



**Hans-Jürgen Stern** ●  
kandidiert auf Platz 7 für die  
BVV und als Direktkandidat im  
Wahlkreis 5 (Lankwitz) für das  
Abgeordnetenhaus



### Splitter aus der Bezirksverordnetenversammlung ✂

#### ● Grünen-Fraktion stellt Zählgemeinschaft mit der CDU über Willkommenskultur

Eigentlich waren sich SPD-, Grünen- und Piraten-Fraktion in der April-BVV einig, dass die Liste mit fünf Standorten für temporäre Flüchtlingsunterkünfte im Bezirk allenfalls vorläufig erfolgt. Dem Änderungsantrag der Piraten, in den Satz „Hiermit ist die Suche nach Standorten in S-Z beendet“ das Wort „derzeit“ einzufügen, um dem Eindruck einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen entgegenzuwirken, stimmten Piraten, SPD und Grüne zu. Nur verließ vor der Abstimmung die designierte Grünen-Stadträtin Maren Schellenberg den Saal, sodass der Änderungsantrag knapp keine Mehrheit fand und die CDU-Fraktion triumphierte: Mit den Stimmen von CDU und SPD wurde der Antrag schließlich unverändert beschlossen. Ein wirkliches Armutszeugnis für die Grünen – und ein weiterer Beleg dafür, dass sie bereit sind, auch eigene Kernpositionen wie die Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten für den Erhalt der Zählgemeinschaft mit der CDU zu opfern.

#### ● Herr Karnetzki langweilt die BVV zu Tode

Dass Stadtrat Karnetzki über ein seine Zuhörerinnen und Zuhörer einschläferndes Talent verfügt, ist schon lange bekannt. Dieses Mal musste er es aber ausreizen. Er wurde aber auch herausgefordert. Die Grünen fragten in einer großen Anfrage, warum so viele Beschlüsse der BVV, die Stadtrat Karnetzki betrafen nicht formell korrekt abgearbeitet wurden. Sie machten bei dieser Frage aber den Fehler, im Fragetext über 20 konkrete Beschlüsse aufzulisten. Herr Karnetzki nutzte die Vorlage und beantwortete jeden dieser Beschlüsse ausführlich und legte sehr breit dar, warum sie nicht formell abgeschlossen werden konnten. Er redete über eine Stunde. Nebenbei spielte aber Hertha BSC gegen den BVB im Pokalhalbfinale. Daher hörte dem Stadtrat eh keiner zu. Alle starteten gebannt auf Computer oder Smartphone. Nach der Rede des Stadtrates stellt der Fraktionsvorsitzende der CDU Hippe einen Antrag auf Ende der Debatte. Dieser wurde einstimmig angenommen. Auf diese Debatte hatte keiner der Verordneten mehr Lust.

Mathias Gruner ●



## AfD und das „wahre Volk“

● Der rechtspopulistische Kelch ist an Europa bei der Bundespräsidentenwahl in Österreich durch die Wahl des grünen Politikers Van der Bellen mit 50,3% der Stimmen im zweiten Wahlgang knapp aber doch noch einmal vorübergegangen. Die mit nur ca. 30.000 Stimmen unterlegene FPÖ ist sich aber sicher: Wir haben bereits eine Wende eingeleitet

Schauen wir uns um: Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist eine gesamteuropäische Erscheinung, sein Aufstieg in Deutschland eine späte nachholende Entwicklung. Drei Jahre nach ihrer Gründung hat sich die Alternative für Deutschland (AfD) Ende April in Stuttgart ein Grundsatzprogramm gegeben, das zugleich den politischen Kurs für die Bundestagswahl 2017 absteckt. Wie auch für den Rechtspopulismus anderer europäischer Länder gehören für die AfD Ausländerfeindlichkeit im Allgemeinen und Islamophobie im Besonderen zu den zentralen politischen Zutaten ihres Programms.

### „Geschlossene Nation“?

Und so war es nur konsequent, dass die Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, das Gespräch mit dem Zentralrat der Muslime Ende Mai nicht in der Form der den Konsens und Kompromiss suchenden Diskurskultur der Bundesrepublik geregelt zu Ende führte, sondern den Konflikt als Ausdruck des Mutes zur Wahrheit suchte und das Gespräch vorzeitig und abrupt abbrach: der kalkulierte Dissens, der Bruch mit dem politisch Üblichen ist angesagt. Der Sinn dieser Methode der politischen Arbeit eines inszenierten Konflikts ist es, eine unüberbrückbare Konfrontation zwischen dem Volk und dem politischen und wirtschaftlichen Establishment zu kreieren. In der Berliner Republik habe sich ein Kartell aus Politik, Wirtschaft und Medien die Macht unter den Nagel gerissen. Der wahre Souverän, das Volk müsse nun gegen das Establishment aufstehen und den Interessen des wahren Volkes wieder Geltung verschaffen.

Der sich an der Identität des Volkes orientierende Anspruch, Politik zu machen, schließt ein, dass sich rechte Populisten nicht auf gleicher Stufe und Augenhöhe mit anderen politischen Parteien sehen, denn: Wir und nur wir repräsentieren politisch das Volk. Dieser, andere politische Orientierungen ausschliessende, identitäre Anspruch auf das wahre Volk muss für die politische Auseinandersetzung der nächsten Jahre (die AfD wird bleiben!) ernst genommen werden. Der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller formuliert es so: Damit werden alle, die anders denken, als illegitim abgestempelt. Wer ihren moralischen Anspruch bestreitet, gehört automatisch nicht zum wahren Volk. Dem Phänomen des Rechtspopulismus geht es eher weniger um die besonderen sozial-ökonomischen Interessen von bestimmten Wählergruppen oder gar um die (Abstiegs-)Ängste individueller Lebenssituationen und -perspektiven, sondern um die Beurteilung



gesamtgesellschaftlicher Zustände und um die Einschätzung, mit dem Land als Ganzem gehe es bergab, und die Eliten kümmerten sich nicht darum bzw. seien inkompetent für Lösungen. Nun sei es an der Zeit: die geschlossene Nation soll die Bürger vor dem Niedergang retten.

### Islamisierung des Landes?

Zu den Bedingungen, unter denen der Rechtspopulismus als politische Kraft gedeiht, gehört die massenhafte Existenz von fremdenfeindlichen Vorurteilsstrukturen. Die AfD greift mit ihrem dezidierten Anti-Islam-Kurs Ressentiments in der Mehrheitsbevölkerung auf und warnt vor einer Islamisierung des Landes. Anders als früher ist der Antisemitismus heute zwar noch ein durchaus gewichtiger aber doch eher untergeordneter Aspekt rechtspopulistischen Bewusstseins. Das Thema Islamismus ist durch die weltpolitische Lage verstärkt in das Problembewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Die Fremden sind zum Hauptkristallisationspunkt der Verunsicherung und der Zukunftsängste geworden. Vor allem die weltweiten Migrationsbewegungen aus dem afrikanisch-arabischen Kulturkreis haben in den entwickelten Industrieländern Europas zu einer – für das Bewusstsein – nachhaltigen Veränderung der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung geführt. Rechtspopulisten wie in der AfD organisiert greifen diese Problematik auf und stellen einen Zusammenhang zwischen Religion und diversen aggressiven politischen Strategien her; die Zunahme von Gewalt und kriegerischen Konflikten fördern Verunsicherung und Angst. Der Rechtspopulismus ist von uns als ‚Ideologie gesamtgesellschaftlicher Zustände‘ zivilgesellschaftlich und politisch zu bearbeiten.



## Ziemlich beste Freunde

Bundestagspräsident Lammert (CDU) hat die Türkei für die strafrechtliche Verfolgung von kurdischen Abgeordneten, Journalisten und Wissenschaftlern ungewöhnlich scharf kritisiert. Er sehe, dass „sich die Türkei immer weiter von unseren Ansprüchen an eine Demokratie“ entferne. Auch Bayerns Horst Seehofer sieht die Türkei problematisch. Erdogan versuche die Bundesrepublik zu erpressen, um Visa-Freiheit für türkische Bürger zu erzwingen.

Also noch mehr Muslime im Abendland! Geht gar nicht!

Wenn also selbst in CDU/CSU die Kritik am Nato-Partner wächst, könnte man hoffen, das offizielle Deutschland würde sich einmal auf die richtige Seite schlagen. Der Eindruck täuscht! Leider! Deutsche Regierungen pflegen zwar mit Eifer das Selbstbildnis eines liberalen, aufgeklärten Staates, der überall für Menschenrechte eintritt, in der Praxis aber zeigt sich, dass stets Wirtschafts- und Machtinteressen und nicht hohe Ideale dominieren. Das funktioniert natürlich nur, wenn man immer mit zweierlei Maß operiert.

Wenn Regierungen ihre Völker bombardieren, dann ist das im Falle Syriens zu verurteilen; in der Türkei aber stillschweigend zu übersehen.

Wenn sich Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen, dann ist das im Falle Russlands mit Sanktionen zu ahnden, im Falle der USA als Beihilfe zum demokratischen Wandel zu begrüßen.

Wenn Armeen gegen gewählte Regierungen putzen (Ägypten/Thailand), dann wird das eher als Stabilisierung interpretiert und führt nicht zur Eintrübung der Beziehungen. Alle Welt weiß, dass Saudi-Arabien und Katar, wie auch die Türkei, an der Entstehung und Erstarkung des Islamischen Staates maßgeblichen Anteil hatten. Sevim Dagdelen, Abgeordnete der LINKEN, konnte jüngst im Bundestag unwidersprochen erklären, dass die „Türkei Waffen an islamistische Mörderbanden in Syrien liefert, mit denen dann schlimmste Kriegsverbrechen begangen werden.“ Stoppt das deutsche Waffenlieferungen in die Krisengebiete? Saudi-Arabien und Katar bombar-

dieren seit Wochen die Republik Jemen. Empört das unsere Medien? Was der Iran dagegen in Syrien oder auch im Jemen treibt, muss natürlich als Kriegstreiberi missbilligt werden.

### Das alles hat Tradition.

Als Nelson Mandela in den Kerkern des Apartheid-Regimes saß, lieferte die Bundesrepublik Waffen und Blaupausen an Südafrika – vermutlich sogar das Know-how zur Herstellung von Atomwaffen. Deutsche Groß-Konzerne konnten Südafrika als Wirtschaftsparadies genießen.

Als das Pinochet-Regime die demokratische Linke massakrierte, erklärte die Bayern-Ikone Strauß: „Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang.“ Und der damalige Generalsekretär der CDU, Bruno Heck, kommentierte nach einem Chile-Besuch zynisch, der Aufenthalt im Stadion-KZ von Santiago sei bei Sonnenschein sehr angenehm. 1977 hat das Oberverwaltungsgericht ein Transparent vor der chilenischen Botschaft mit der Aufschrift „Mörderbande“ für rechtswidrig erklärt. 1981 hat das Bundesverwaltungsgericht das Urteil bestätigt. Kein Wunder, dass Chilenen lieber in der DDR Asyl suchten.

Als das argentinische Folter-Regime die deutsche Studentin Elisabeth Käsemann quälte und schließlich ermordete, rührte das Außenministerium unter Genscher keinen Finger. Der deutsche Botschafter spielte mit den Folterknechten inzwischen Tennis.

Zu den faschistischen Regierungen in Spanien, Portugal und den Obristen in Griechenland unterhielt die Bundesrepublik stets gute Beziehungen. Man kann deshalb nicht umhin, Bigotterie für ein wesentliches Merkmal deutscher Regierungspolitik zu erklären.

Marx hat 1844 den denkwürdigen Satz aufgeschrieben: „Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am *Tag ihrer Beerdigung*.“ Leider hat sich daran auch später wenig geändert. Belege dafür gibt es jedenfalls ohne Ende.

Horst Dejas ●

## Freihandel mit Flüchtlingen

● Wenn einer was von Flüchtlingen versteht, dann ist das der türkische Präsident Erdogan. Man kann die Türkei gewissermaßen als Kompetenz-Zentrum für Flüchtlinge bezeichnen. Sie werden dort nicht nur aufgefangen, sondern auch produziert. Sowohl durch heimliche Unterstützung islamistischer Bürgerkriegsparteien in Syrien als auch durch Einsatz der türkischen Armee gegen die eigene Bevölkerung mit schweren Waffen. Es macht also durchaus Sinn, die Lösung der europäischen

Flüchtlingsfrage der Türkei zu übertragen. Während AfD und CSU, überhaupt der rechte Sumpf, im Wahn die deutschen Grenzen wieder dicht machen will, lässt die Kanzlerin das Problem lieber an der türkisch-syrischen Grenze aufarbeiten. Das ist wesentlich eleganter und vermutlich auch effektiver. Und wenn geschossen wird, dann ist das in Berlin nicht unbedingt zu hören.

P. Kennerknecht ●

## Verseuchtes Deutschland

● Der AfD-Bundesvorsitzende, Jörg Meuthen, aus Baden-Württemberg, erklärte auf dem Bundesparteitag der AfD die Bundesrepublik kurzerhand zum „rot-grün verseuchten 68-er Deutschland“.

Verseucht mag stimmen. Was ich als Nachkriegsgeborene allerdings für „verseucht“ hielt, meint Meuthen gewiss nicht ...

Unsere Lehrer erzählten in meiner Kindheit gerne von ihren Kriegserlebnissen und der tollen Kameradschaft an der Front im Kampf gegen die „Drecksbol-schewisten“. Unsere Väter hatten zu Hause das alleinige Regiment. Sie durften den Arbeitsvertrag ihrer Ehefrauen ohne deren Zustimmung fristlos kündigen. Lehrerinnen mussten in Bayern zölibatär leben; wenn sie heirateten, mussten sie ihren Beruf aufgeben. Bis 1958 besaß der Ehemann das alleinige Bestimmungsrecht über Frau und Kinder. Wenn die Frau mit seiner Erlaubnis arbeiten ging, kassierte er den Lohn. Ab 1962 durften Frauen aus eigener Verantwortung ein Bankkonto eröffnen. Aber erst nach 1969 galt eine verheiratete Frau als geschäftsfähig. Bis 1977 musste der Ehemann der Frau zwar erlauben, eine Arbeit aufzunehmen. Mann und Kinder durften aber unter der Arbeit der Frau nicht leiden. Mit einem Freund durften wir wegen des „Kuppelparagraphen“ nicht unter dem elterlichen Dach in einem Bett liegen. Volljährig war man mit 21 Jahren. Bekam eine unglückliche Freundin ein Kind, ein „Bankert“, dann konnte es passieren, dass beide in einem Heim für Schwererziehbare verschwanden, wo es, wie wir heute wissen, alles andere als christlich zugeht. An den Schulen der Bundesrepublik galt das Züchtigungsrecht bis weit in die 70er Jahre. In der DDR wurde es bereits 1949 abgeschafft. Das „elterliche Sorgerecht“ verbot erst ab 2000, dass

Eltern ihre Kinder körperlich oder seelisch züchtigen durften.

Unsere Brüder wurden mit Zwang zum Friseur geschleift, wenn die Haare zu lang wurden. Elvis Presley's Musik galt der Elterngeneration als „Negermusik“. Selbst in strengen Wintern durfte ich im stock-katholischen Rheinland als Mädchen nicht in langen Hosen zur Schule gehen. Noch als angehende Abiturientin durfte ich mich nicht schminken, der Freund durfte nicht in Sichtweite der Schule auf mich warten. 1959, auf dem Höhepunkt der Verfolgung Homosexueller im Nachkriegsdeutschland, wurden 3.800 Männer nach dem § 175 verurteilt. Ihre Rehabilitierung steht immer noch aus. Kein Wunder, dass die NPD in den 60er Jahren in 7 Länderparlamente (Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Baden-Württemberg) einziehen konnte. In Berlin verhinderten das vermutlich nur die Alliierten. In Ba-Wü erreichte die NPD mit 9,8% ein Spitzenergebnis, lange vor der „Wiedervereinigung“, die ja angeblich schuld an dem Rechtsextremismus ist, weil „die im Osten“ halt nicht gelernt haben, was Demokratie und „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ ist.

Das alles kann man mit einiger Berechtigung als braunen Sumpf bezeichnen, der nie wirklich trocken gelegt wurde. Möglicherweise auch als Seuche. Was in diesem Land sich zum positiven entwickelt hat, aber verdanken wir gerade – wenn auch nicht ausschließlich – den 68ern, Herr Meuthen. Aber das wird vermutlich nicht in Ihren Kopf gehen.

Marianne Rubach ●

### Meinungs- und Pressefreiheit hierzulande

● Das unveräußerliche Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit ist zweifellos ein hohes Gut. Was eine zivilisierte Gesellschaft ausmacht, entscheidet sich auch und gerade an dieser Frage. Worum es aber im Kern geht, und wem da was garantiert wird, hat uns der Brause-Milliardär Mateschitz (Red Bull) jüngst eindrucksvoll vorgeführt.

Als Eigentümer und Betreiber des Privatsenders „Servus TV“ hatte er über Nacht die Einstellung des Sendetriebs verordnet. Jahrelange Defizite seien nicht länger zu tragen. Ein paar Tage später wurde die Entscheidung zurück genommen.

#### Was war passiert?

„Basierend auf gegenseitiger Akzeptanz und Respekt“ sei es zu einem konstruktiven Gespräch mit den Be-

schäftigten gekommen. Die bekräftigten im Anschluss daran in einem Statement: „Wir wollen und brauchen keinen Betriebsrat“.

Und der Red-Bull-Gründer teilte ergänzend mit, ein Betriebsrat hätte die „Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Unbeeinflussbarkeit“ des Senders gefährdet. Von Mateschitz selbst scheint da eher keine Gefahr auszugehen.

Wie gut, dass unser Grundgesetz nicht nur Meinungs- und Pressefreiheit, sondern auch das Recht auf Eigentum garantiert!

Nebenbei sei noch erwähnt: Die gesamte Presselandschaft in der Bundesrepublik ist in den Händen von fünf Unternehmer-Familien. In Ost-Europa würden wir solche Eigentümer als Oligarchen bezeichnen.

A. Wiederkehr ●

## Zusammengekehrt

● „Eine Wirtschaftsordnung, die die Menschen um des eigenen Vorteils willen – „Geiz ist geil“ – ständig auf- und gegeneinander hetzt, darf sich über Friedlosigkeit und mangelnde Empathie der Menschen nicht beklagen.“ (P. Kennerknecht)

● **Rober F. Kennedy Jr.**, der Sohn des ermordeten Präsidentschaftskandidaten und ehemaligen Justizministers Robert Kennedy, erklärte jüngst zum Krieg in Syrien: Die „Nationalisten des Mittleren Osten hassen uns (die USA ,HvK)) nicht für "unsere Freiheit" – „sie hassen uns für die Art, wie wir diese Freiheiten verraten ...“

● **Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel** hat anlässlich der Kabinetts-Verabschiedung des Integrationsgesetzes einen neuen Begriff kreiert: „**Integrations-Simulanten**“. Die könne und wolle man nicht dulden. **SPD-Simulanten**, Herr Gabriel, sind allerdings auch nicht sonderlich wünschenswert. (P. Kennerknecht)

● „**Meine Meinung steht fest, irritieren Sie mich nicht mit Tatsachen.**“  
Die etablierten Medien haben ein Glaubwürdig-

keitsproblem. So das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Bayerischen Rundfunks. Warum das so ist, hat uns am 3. Mai dem „Tag der Pressefreiheit“ der Journalistikprofessor Michael Haller erklärt. Er hat festgestellt, dass die sogenannten Leitmedien besonders in der Außenpolitik „eine große Übereinstimmung zeigen mit der politischen Linie der bundesdeutschen Regierung“. So fehle, schlussfolgert er, den Menschen eine kritische Kontrolle. Richtig. Damit ist aber noch nicht die Frage beantwortet, wer die Zügel in der Hand hält, mit denen die Mainstream-Presse so dressiert werden konnte, dass sie sich eine solche Selbst-Gleichschaltung verordnet hat.

Diese finden wir bei Egon Erwin Kisch (1885-1948). Er gilt als einer der bedeutendsten Reporter in der Geschichte des Journalismus. Als „rasender Reporter“ zur Legende geworden sagte er einmal von Berufskollegen, die Ihre journalistische Unabhängigkeit rühmen, folgendes: „Wenn Kollegen sich brüsten, sie seien nie in ihrem Leben im Schreiben beschränkt worden, nie würde ihnen ein Gedanke gestrichen, so ist das nur ein Beweis dafür, dass sie sich von selbst innerhalb der Zensurgrenzen bewegen und ihre Denkweise nirgends über die Hürden der vorgeschriebenen Ideologie hinaus strebt.“

H.S. ●

## Zitate des Monats

„Die Tatenlosigkeit der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Geldwäsche und Steuerhinterziehung ist eine Klientelpolitik für die reichsten und skrupellosesten Personen der Gesellschaft, darunter auch Schwerstkriminelle, Terroristen und korrupte Politiker.“

Sahra Wagenknecht, *Fraktionsvorsitzende der LINKEN*

Da gelte ich nun als Meister der Ironie. Aber auf die Idee, die Freiheitsstatue ausgerechnet in den Vereinigten Staaten aufzustellen, wäre selbst ich nicht gekommen

George Bernhard Shaw, *irischer Schriftsteller*

## Termine X

● **Di, 7.6., 19:30 Uhr** offene Mitgliederversammlung mit dem Schwerpunkt „Wahlkampf in Steglitz-Zehlendorf jetzt geht es los!!!“

In unserer Geschäftsstelle, Schildhornstraße 85a

**Podiumsdiskussion: „Bezahlbares Wohnen in Steglitz-Zehlendorf?“ am Di, 5.7.2016, um 19 Uhr im alten BVV-Saal im Rathaus Steglitz (Schloßstr. 37, 12163 Berlin)**

**Moderation: Ralf Schönball (Tagesspiegel)**

● **Fr, 10.6. 14-18 Uhr** Interkulturelles Fest, Hermann-Ehlers-Platz

**Do, 8.9., 16 Uhr** Wahltour der LINKEN, Kaiser-Wilhelm-Platz mit Sahra Wagenknecht

Aktuelle Termine unter: <http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

● Unsere **stets öffentlichen Mitgliederversammlungen** finden einmal im Monat statt; jeweils an einem **Dienstag um 19.30 Uhr** in unserer Geschäftsstelle. Das genaue Datum steht auf unser Homepage unter *Aktuelle Termine* (Link s.o.)

● Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat um 19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

● **Jeden Dienstag ab 17.00 Uhr:**

*Beratung durch Rechtsanwalt zu Hartz IV (Sozialrecht), Verbraucherrecht, Schuldnerfragen und Wohnen*  
Anmeldung erbeten unter (030) 70 09 67 41

*Links:*

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

## Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin

Tel. (030) 70 09 67 41, E-Mail: [info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de](mailto:info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de)

[www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de](http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de), Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

